

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	Datum 23.06.2006
	Schriftführerin Susanne Baran
	Telefon-Nr. <b>02202/14467</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport</b>	<b>Sitzung am Mittwoch, dem 31. Mai 2006</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr - 19:22 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**  
*Seite A4*
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**  
*Seite A4*
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 04.04.2006 - öffentlicher Teil -**  
*267/2006, Seite A4*
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**  
*Seite A4*
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*Seite A5*
- 6. Generationenübergreifendes Bildungsmodell für die Offene Ganztagsgrundschule**  
*218/2006, Seite A7*

7. **Anregungen am Schulzentrum Saaler Mühle einen Netzwerkadministrator zu beschäftigen**  
*219/2006, Seite A8*
8. **Genehmigung des Ganztagsbetriebes an der Wilhelm-Wagener-Schule**  
*224/2006, Seite A8*
9. **Ausbau der Grundschulen zu Offenen Ganztagschulen  
Stand der Planungen und Maßnahmen**  
*196/2006, Seite A9*
10. **Sanierung der Sanitäranlagen der Ev. Grundschule Bensberg**  
*264/2006, Seite A11*
11. **Sanierung einer Sporthalle im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium**  
*265/2006, Seite A11*
12. **Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**  
*278/2006, Seite A11*
13. **Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen  
Ganztagsgrundschulen**  
*188/2006, Seite A12*
14. **Jahresbericht des Stadtarchivs 2005**  
*248/2006, Seite A13*
15. **Theaterbericht Bergischer Löwe**  
*262/2006, Seite A13*
16. **Sonderförderung Kulturprojekte 2006**  
*159/2006, Seite A14*
17. **Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei zum 01.06.2006**  
*138/2006, Seite A15*
18. **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der  
Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GI-  
Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"**  
*243/2006, Seite A16*
19. **Verlagerung der Sporträume des TTC Bärbroich aus der " Alten Schule" in  
Bärbroich in das "Pfarrheim Herkenrath"**  
*268/2006, Seite A17*
20. **Anträge der Fraktionen**  
*Seite A19*
21. **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite A19*

**B**      **Nichtöffentlicher Teil**

1.      **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**  
*Seite B1*
2.      **Mitteilungen des Vorsitzenden**  
*Seite B1*
3.      **Mitteilungen des Bürgermeisters**  
*Seite B1*
4.      **Besetzung von Funktionsstellen an städtischen Schulen**  
*266/2006, Seite B1*
5.      **Anträge der Fraktionen**  
*Seite B2*
6.      **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*Seite B2*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest und tritt in die Tagesordnung ein.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

<-@

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 04.04.2006 - öffentlicher Teil -

@->

Herr Dr. Miede fragt an, wann die Verwaltung den Ausschuss zum Sachstand der Umsetzung des neuen Konzepts Villa Zanders informieren werde.

Herr Dr. Speer antwortet, dass Herr Kotulla dies unter „Mitteilungen des Bürgermeisters“ ansprechen werde.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

#### 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

<-@

## Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Dr. Speer berichtet, dass dem Antrag zur Einrichtung der Hauptschule Ahornweg als Ganztagschule nicht stattgegeben worden sei. Im Rheinisch-Bergischen Kreis sei die Hauptschule Leichlingen eine Ganztagschule geworden. Diese Information liege bisher nur mündlich durch den Fachdezernenten bei der Bezirksregierung vor.

Herr Dr. Bernhauser erläutert, dass nach seinen Informationen das Schreiben der Realschule Ahornweg zu den Schwierigkeiten mit der Hauptschule auch an die Bezirksregierung gegangen sei. Dieses Schreiben sei mit ein Grund, dass die Hauptschule nicht in die Liste der Modellhauptschulen für den Ganztags aufgenommen worden sei. Er möchte wissen, ob dieses Schreiben tatsächlich an die Bezirksregierung geschickt wurde und welche Fördermittel der Stadt dadurch entgehen werden. Herr Dr. Speer bejaht dies, die Bezirksregierung habe das Schreiben von der Realschule erhalten. Eine Kopie dieses Schreiben liege der Verwaltung nicht vor. Laut der Bezirksregierung bestehe kein Zusammenhang zwischen der Ablehnung und dem Brief.

Herr Dr. Miede erklärt, dass das von ihm angeregte Vermittlungsgespräch mit den beiden Schulleitern aufgrund von Terminschwierigkeiten noch nicht stattgefunden habe. Dies werde in der nächsten Woche geschehen.

Herr Dr. Bernhauser merkt an, dass man für den Ausbau der Hauptschule Fördermittel aus dem Investitionsprogramm des Bundes bekommen hätte. Dieses laufe im nächsten Jahr aus. Er möchte wissen, welcher Verlust der Stadt entstehen wird, wenn die Schule erst ein Jahr später als Ganztagschule startet, und ob Investitionen dann möglicherweise selber zu finanzieren seien.

Herr Dr. Speer erläutert, dass man für den Ausbau 1,5 Mio. € beantragt habe. Der zuständige Schulrat Herr Schiffmann habe signalisiert, dass die Hauptschule Ahornweg nächstes Jahr an den Start gehen könne. Eine Prognose zu der Höhe der Bundesmittel könne nicht gemacht werden. Man werde die Anträge so früh wie möglich stellen, um Fördermittel zu erhalten. Sollte dies nicht geschehen, könne sich die Stadt als Schulträger den Ausbau nicht leisten.

Herr Kotulla berichtet zum Sachstand Villa Zanders, dass die Verwaltung zur Zeit dabei sei, das Konzept umzusetzen. Im Wesentlichen werde es darauf ankommen, eine Vermarktungsaktivität zu entwickeln, um zusätzliche Veranstaltungen in das Haus zu holen. In Gesprächen mit dem Förderverein sei mit diesem ein Einvernehmen hergestellt worden. Zur Zeit werde eine Entgelttabelle entwickelt. Zudem müsse ein entsprechender Internetauftritt aufgebaut werden.

In der Angelegenheit „Schulschwimmbad Mohnweg“ habe man bisher keine Lösung gefunden, man führe zur Zeit aber noch weitere Gespräche.

Herr Kotulla gibt bekannt, dass man durch den Gewinn von ehrenamtlichen Potentialen aller Voraussicht nach dem Wunsch der Erhaltung einer Bücherei Bensberg in nicht städtischer Trägerschaft nachkommen könne. Erste Anzeichen seien dazu sichtbar, dass man zunächst für einige Jahre Beträge erhalten werde, die eine personelle Betreuung der Bücherei an einem anderen Standort sicherstellen

werde. Konkrete Details könnten aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt gegeben werden.

Frau Beisenherz-Galas merkt an, dass man sich über diese Entwicklung und das Umdenken freue, eine rein ehrenamtliche Lösung sei aber sehr problematisch. Sie zeigt sich beeindruckt von dem großen Engagement der Bürger zur Erhaltung der Bücherei, die den beinahe beschämenden Beschluss des Ausschuss damit korrigiert und zum Umdenken der Verwaltung beigetragen hätten.

Herr Dr. Mieke erwidert, dass man die derzeitige Entwicklung nicht als „Umdenken“ beschreiben könne, vielmehr habe sich offensichtlich jemand bereit erklärt, eine großzügige Spende zu leisten. Er weise zudem zurück, dass der Ausschuss eine Entscheidung getroffen habe, die nicht sachgemäß und notwendig war.

Herr Kotulla ergänzt, dass niemandem diese Entscheidung leicht gefallen sei. Und sollte es gelingen, das notwendige Sparkonzept umzusetzen, ohne dass die gesamte Arbeit der Stadtteilbücherei Bensberg zum Erliegen kommt, dann sei viel erreicht. Es handele sich um keinen Prozess des Umdenkens, sondern um eine Fortsetzung des Beschlusses. Der Ausschuss habe der Verwaltung aufgetragen, sich mit Bürgern, Ehrenamtlichen und Institutionen in Verbindung zu setzen. Bei diesen Gesprächen habe sich herausgestellt, dass Büchereiarbeit eine gewisse personelle Ausstattung benötige. Und sollte dies ohne finanzielle Belastung der Stadt möglich sein, wäre dies eine hervorragende Sache.

Herr Schier erkundigt sich nach dem ungefähren Zeitplan. Herr Kotulla kann dazu keine Aussage machen. Da jemand bereit sei sich zu engagieren, solle man demjenigen auch die notwendige Zeit lassen.

Herr Kleine erklärt, dass man fast gar nicht mehr in der Lage sei etwas zu beschließen, ohne dass sofort Interessenverbände aus ihrer Sicht verständlicherweise Protest erheben würden. Es sei eindimensional gedacht, die derzeitige Entwicklung als „Einknicken“ der Verwaltung aufgrund des bürgerschaftlichen Engagements darzustellen. Man werde mehr und mehr handlungsunfähig, was sehr bedenklich sei.

Herr Mömkes begrüßt es, dass anscheinend ein Weg gefunden werde, die Bücherei Bensberg zu erhalten. Hier werde das bürgerschaftliche Engagement der letzten Wochen und Monate belohnt. Insbesondere sei es gut, dass gemeinsam neue Wege beschritten werden, um die schwierige haushaltspolitische Situation zu meistern. Bereits bei den Bürgerzentren sei dies schon einmal gelungen.

Frau Beisenherz-Galas entgegnet Herrn Kleine, dass es doch als positiv zu bezeichnen sei, dass der Beschluss des Ausschusses, die Bücherei zu schließen, nicht so stehen geblieben sei und umgesetzt werde. Herr Kotulla erwidert, dass die Bücherei definitiv geschlossen wird. Frau Beisenherz-Galas erklärt, dass es doch gut sei, dass etwas Neues entstehen wird.

Herr Dr. Speer erklärt, dass er dem Ausschuss eine „Handlungsempfehlung zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule“ ausgeteilt habe. Zudem habe er den Jubiläumsflyer ausgeteilt, der eine Übersicht aller Veranstaltungen, die anlässlich des Stadtjubiläums stattfinden werden, enthalte. Er weist darauf hin, dass dieser Flyer durch die Druckerei Rass möglich gemacht wurde, die diesen kostenlos gedruckt hat.

<-@

6

## **Generationenübergreifendes Bildungsmodell für die Offene Ganztagsgrundschule**

@->

Herr Dr. Speer erklärt, dass Fachfragen von Frau Binz, Mitarbeiterin im Kulturbüro, Autorin und Ideengeberin dieses Konzepts, beantwortet werden können. Ausgangspunkt dieses Konzepts sei die Idee gewesen, Ressourcen der Offenen Ganztagsgrundschule und des Jugendhilfeträgers mit denen ehrenamtlichen Engagements zu verknüpfen, und ein Modell des altersübergreifenden Lernens zu schaffen. Dieses Konzept solle mit dem neuen Schuljahr starten. Zum Ende des Schuljahres werde der Ausschuss einen inhaltlichen Bericht erhalten.

Frau Koshofer begrüßt dieses Konzept, es reflektiere das Problem, dass ältere Menschen stärker einbezogen werden müssen. Sie fragt an, wie dieses Konzept in der Realität umgesetzt werden solle.

Frau Binz berichtet, dass sie vor kurzem einen Vortrag im Sauerländischen Gebirgsverein vor 100 Senioren gehalten habe. Es hätten sich bereits Senioren gemeldet, die sich einbringen möchten. Ein Projekt mit einer 85jährigen Dame sei bereits für den kommenden Herbst fest eingeplant. Eine andere Dame habe sich gemeldet, habe aber Schwellenängste gehabt, weitere Gesprächstermine stünden aber an. Die teilweise vorhandenen Ängste der Senioren müssten vorsichtig angegangen und abgebaut werden.

Herr Kleine möchte wissen, welche Möglichkeiten für die älteren Mitbürger bestünden und wer das Konzept erstellt habe. Er fragt an, ob dieses Konzept Vorbilder aus anderen Städten habe und wer zu der Informationsveranstaltung im Sauerländischen Gebirgsverein eingeladen habe.

Frau Binz erklärt, dass mit der Vorlage dem Ausschuss nicht das umfassende Konzept vorliege, sondern lediglich eine Mitteilungsvorlage. Die Verwaltung habe es sich vorbehalten, vor Start des neuen Schuljahres das Konzept auszuhändigen. Machbar sei eine Mitarbeit der Senioren in Projekten, bei der Hausaufgabenhilfe, bei der Pausengestaltung und bei erweiterten Mitarbeitungen als familiärer Dienst. In dem Konzept sei eine enge Zusammenarbeit von Familie, Schule und Offener Ganztagsgrundschule vorgesehen. Die Einladung zu dem Vortrag im Sauerländischen Gebirgsverein sei aufgrund eines Gespräches mit einem Mitglied des Vereins entstanden

Herr Mömkes begrüßt dieses Konzept sehr. In der heutigen Gesellschaft sei man zunehmend darauf angewiesen, das Wissen und das Potenzial von älteren Menschen zu nutzen. Falls Hilfe von Seiten der Politik zur Weiterentwicklung und Umsetzung des Konzepts nötig sei, werde man diese gerne leisten.

Herr Dr. Mieke fragt, wie Frau Binz sich die Einladung zu einem Informationsabend für „interessierte Senioren und lernfreudige Eltern“ vorstelle, um einen breiten Interessentenkreis zu erreichen. Frau Binz erläutert, dass die Termine dazu bereits mit der Schulleitung abgestimmt worden seien. Es stehe eine Einladung für den Beirat, für die Schulkonferenz, für Multiplikatoren, Senioren und Mitarbeiter des freien

Trägers an. Vor allem die Eltern der neuen Erstklässler sollen mit einem Brief über das neue Konzept informiert und eingeladen werden. Frau Binz berichtet, dass sie dieses Konzept allein erstellt und ein Jahr daran gearbeitet habe.

Die Mitteilungsvorlage wird ansonsten vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

7

### **Anregungen am Schulzentrum Saaler Mühle einen Netzwerkadministrator zu beschäftigen**

@->

Herr Dr. Speer berichtet aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, dass dieser die Angelegenheit zur Weiterbehandlung an den ABKSS übertragen habe. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sehe das Anliegen grundsätzlich positiv, der Schule solle geholfen werden.

Herr Kleine möchte wissen, wann in etwa die Angelegenheit dem Ausschuss erneut zur Beratung vorgelegt werden wird, sollten sich bei der Reform des Schulfinanzsystems neue Aspekte ergeben. Herr Dr. Speer kann dazu keine Zeitangabe nennen. Die Verhandlungen seien absolut offen, es werde auch aufgrund der Finanzlage des Landes zu keiner schnellen Entscheidung kommen.

Herr Mömkes macht den Vorschlag, sich mit allen Schulen, die das Schulzentrum Saaler Mühle umgeben, in Verbindung zu setzen. Man solle gemeinsam mit allen Schulleitern besprechen, ob nicht aus dem Stundenkontingent der Schulen ein gemeinsamer Netzwerkadministrator eingerichtet werden könne, dessen Kosten dann das Land tragen werde.

Herr Dr. Speer nimmt dies auf und wird Gespräche dazu führen.

Herr Schier fragt an, warum man nicht mit allen Schulleitern in der Stadt spreche, um eine Art gemeinsame „Computerhausmeisterstelle“ zu schaffen. Herr Dr. Speer nimmt diese Anregung auf.

Frau Beisenherz-Galas regt an, ob diese Aufgabe nicht von freiberuflich tätigen übernommen werden könne, etwa im Rahmen einer 400-€-Tätigkeit.

<-@

@->

<-@

8

### **Genehmigung des Ganztagsbetriebes an der Wilhelm-Wagener-Schule**

@->

Herr Dr. Speer berichtet, dass der Antrag aufgrund des kurzfristig eingegangenen Erlasses von der Verwaltung aufgegriffen wurde. Die Schulkonferenz habe schon vorsorglich den Beschluss gefasst, Ganztagschule werden zu wollen. Sollte der Ausschuss dem heute zustimmen, werde die Verwaltung der Bezirksregierung die notwendigen Anträge kurzfristig zukommen lassen.

Herr Schier erklärt, seine Fraktion begrüße diesen Vorschlag. Er fragt an, inwieweit die Heizungsanlage sowie die Sanitäranlagen in der Sporthalle von der Umbaumaßnahme betroffen sein werden, und ob ein Teil der Fördermittel darin

investiert werden könne.

Herr Dr. Speer erläutert, dass der Ergänzungsbau für den Ganztagsbetrieb benötigt werde, und die Fördergelder für diesen verwendet werden müssen.

Herr Zalfen fragt an, bis zu welchem Termin der Ergänzungsbau fertig sein werde, da die Schule bereits zum 01.08.2006 Ganztagschule werden solle. Herr Dr. Speer antwortet, dass man bis zur Fertigstellung des Baus improvisieren müsse.

*Der Ausschuss für Bildung Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig den folgenden Beschluss:*

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung den Ganztagsbetrieb an der Wilhelm-Wagener-Schule und beauftragt die Verwaltung die entsprechenden Genehmigungs- und Zuschussanträge bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.*

<-@

@->

<-@

9

### **Ausbau der Grundschulen zu Offenen Ganztagschulen** **Stand der Planungen und Maßnahmen**

@->

Herr Kotulla erklärt, dass man in Bergisch Gladbach eine enorme Nachfrage nach der Offenen Ganztagsgrundschule habe und die bekannte 40% Marke überschreiten werde. In der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses habe es kontroverse Diskussionen gegeben, da ein Teil die Meinung vertrete, dass es jedem Kind ermöglicht werden müsse, einen Platz in der Offenen Ganztagsgrundschule zu erhalten. Andere plädierten dafür, dass „Bergisch Gladbacher“ Modell beizubehalten, da eine Umwandlung aller Schulen zu 100% zu Offenen Ganztagsgrundschulen nicht zu finanzieren sei. Dies werde in der Diskussion des integrierten Schulentwicklungsplans weiterhin verfolgt werden. Flächendeckend seien nicht alle Wünsche nach Plätzen in der Offenen Ganztagsgrundschule erfüllbar.

Frau Lehnert erklärt, dass man die Sorge habe, dass ein uneingeschränktes Eingehen auf den weiteren Bedarf einen Ausstieg aus der Vorgabe „Qualität geht vor Quantität“ bedeuten könnte. Sie begrüßt es, dass für dieses Jahr eine Lösung gefunden wurde, jedoch solle sich die Verwaltung auf ein machbares Ausbauziel fokussieren.

Herr Neu erklärt, dass es nicht machbar sei, in der Grundschule Sand auf den Ausbau zur Offenen Ganztagsgrundschule zu verzichten und die Hortplätze in der Kath. Kindertagesstätte St. Severin beizubehalten. Dafür müsse man das gesamte Paket aufschnüren, da doch festgestellt worden sei, dass die Hortplätze definitiv wegfallen werden.

Herr Dr. Speer antwortet, dass es sich bei der in Frage stehenden Gruppe um eine „große altersgemischte Gruppe“ handele, die nach Auffassung des Jugendamtes sehr wohl beibehalten werden könne, und die Kirche dies auch dulde, ohne dass das gesamte Paket neu geschnürt werden müsse.

Herr Kotulla ergänzt, dass sowohl die Grundschule Sand, als auch die Fragen von „Qualität vor Quantität“ wesentlicher Bestandteil des integrierten

Schulentwicklungsplans seien, der im Herbst vorliegen werde. Darin werde geklärt, werden, ob man aus finanziellen Gründen an der 40 % Marke festhalten werde oder weitere Plätze angeboten werden können. Die Grenze seien die zur Verfügung stehenden Mittel.

Frau Scheerer führt aus, dass in der Vorlage zur GSS Bensberg stehe, dass eine Reduzierung der Plätze auf 75 dem Elternwillen entspreche. Im Schreiben der Schulpflegschaftsvorsitzenden werde deutlich, dass für das Schuljahr 2005/2006 95 % der Eltern den Vertrag zur Ganztagsbetreuung unterschrieben hätten und bis heute auch nicht gekündigt haben. 75 von bisherigen 120 Plätzen seien weniger als 95 %. Die Eltern bräuchten ein verlässliches Angebot. Eine Beschränkung auf 75 Plätze sei ein Vertragsbruch gegenüber den Eltern. Wenn man dieses Modell erst eingeführt habe, könne man nun keinen Rückzieher mehr machen.

Herr Dr. Speer stellt klar, dass das Modell für das kommende Schuljahr gesichert sei, die Mittel dafür seien beantragt. Die Reduzierung auf 75 Plätze seien Denkansätze für das Schuljahr 2007 /2008. Der Vorentwurf zum Schulentwicklungsplan sei den Fraktionen inzwischen zugegangen, am 7.6. um 17 Uhr werde eine erstes Gespräch stattfinden. Zur Zeit werde für die GGS Bensberg eine andere Alternative geprüft.

Frau Koshofer betont, dass die Eltern in berufliche Schwierigkeiten kommen könnten, wenn die Plätze auf 75 Plätze reduziert werden. Die Schüler würden damit zu Schülern 1. und 2. Klasse gemacht, dies dürfe nicht sein.

Herr Cüpper fragt an, ob der Nichteintritt der Grundschule Sand in die Offene Ganztagsgrundschule nicht letztendlich doch die Schließung der Grundschule bedeuten werde.

Herr Kotulla erklärt, dass dazu die Ausführungen im Entwurf des Schulentwicklungsplans gelten. Man müsse darauf hinweisen, dass schon allein aufgrund der demographischen Entwicklung Einrichtungen vorhanden sein können, die auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden können. Ob dies in Sand der Fall sei, bleibe abzuwarten. Der Schulentwicklungsplan sei ebenfalls intern an den FB 6-Stadtentwicklung gegangen, um herauszuarbeiten, was sich in Zukunft im Ortsteil Sand tun werde und ob damit der Bestand der GGS gesichert sein wird.

Herr Dr. Mieke fasst zusammen, dass im Herbst der Schulentwicklungsplan vorliegen werde, und frühestens Ende des Herbstes vom JHA Entscheidungen getroffen werden können.

Die Anregungen der Bürger habe man ernst zur Kenntnis genommen.

Dem Gebot der Fairness entsprechend müsse man ebenfalls Gespräche mit anderen Schulen und deren Elternvertretern führen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

## 10 Sanierung der Sanitäranlagen der Ev. Grundschule Bensberg

@->

Herr Mömkes merkt an, dass es sich bei der Bezeichnung der Sanitäranlage der Ev. Grundschule Bensberg als „noch funktionstüchtig“ um einen sehr dehnbaren Begriff

handele.

Er fragt an, ob sie hygienisch noch einwandfrei sei. Zudem sei es dringend notwendig, die Sanierung schnellstmöglich durchzuführen.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Frau Lehnert erkundigt sich, wieso die Sanierung der Toilettenanlage nicht im Rahmen der Umwandlung zur Offenen Ganztagsgrundschule vorgenommen wurde, wie dies bei anderen Schulen der Fall gewesen sei.

Herr Pütz antwortet, dass dies nur bei einigen Schulen geschehen sei. Die Gelder für die Offene Ganztagsgrundschule lasse die Sanierung der Toilettenanlage nicht zu.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

## 11 **Sanierung einer Sporthalle im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium**

@->

Herr Mömkes berichtet, dass ihm ein Schreiben des Schulleiters vorliege, indem sich Herr Josmann über die mangelnden Absprachen seitens der Verwaltung im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen beklage. Er bittet in Zukunft dringend um einen besseren Informationsfluss zwischen Verwaltung und Schule.

Herr Dr. Speer erklärt, dass mittlerweile ein Gespräch mit Herrn Josmann stattgefunden habe, in dem alle offenen Fragen geklärt wurden.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

## 12 **Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern**

@->

Herr Kotulla erklärt, dass man mit der Vorlage den Ausschuss über die „Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“ informieren wolle, die in die Zuständigkeit des JHA falle. Dieser habe eine erste Beschlussfassung vertagt, da noch Beratungsbedarf bestehe. Am 01.06. stehe eine Sondersitzung an. Die Satzung sei der Versuch, mit dem Hintergrund der Kürzung von Landesmitteln, die verbunden sei mit der Kompetenzverlagerung der Elternbeiträge auf die Städte und Gemeinden, ein System zu schaffen, dass für alle Betreuungsarten gelte. Man gehe davon aus, dass man mit diesem System das ausgleichen könne, was durch Landeskürzungen an Geldern fehle. Personengruppen mit höherem Einkommen würden mehr belastet, wohingegen die unteren Einkommensgruppen entlastet werden.

Herr Dr. Speer ergänzt, dass wesentliche Änderungen, darin bestünden, dass der teurere Beitrag aus den unterschiedlichen Systemen immer derjenige sei, der zu 100 % zu zahlen sei. Bei der Geschwisterermäßigung sei der preiswertere Beitrag zu 50 % zu zahlen. Für das dritte Geschwisterkind sei ebenfalls eine Regelung eingebracht worden. Ebenfalls festgehalten worden seien die Befreiungstatbestände. Die Beitragstabelle für das außerunterrichtliche Angebot an Offenen Ganztagsgrundschulen und für Horte, die für den ABKSS hauptsächlich von Interesse

seien, habe er in einer Tischvorlage ausgegeben lassen. Die Vorlage selber werde in der morgigen Sitzung des JHA beschlossen.

Herr Schier fragt an, wo er die Tabelle einzuordnen habe, ob diese die Tabelle auf der Seite 29 ersetze. Herr Dr. Speer erklärt, dass die Tabelle der Tischvorlage der Vorlage für die morgige Sitzung des JHA entnommen worden sei, die anders aussehe als die in der jetzigen Vorlage. Die aktuelle Vorlage werde in ihrer kompletten Fassung der Niederschrift beigelegt.

Herr Kierspel fragt an, ob eine Veröffentlichung der Beitragstabellen in der Presse vorgesehen sei, um die Bürger zu informieren. Zudem möchte er wissen, ob die Beitragsstufen in allen Städten nicht einheitlich seien.

Herr Kotulla erklärt, dass eine Veröffentlichung in der Presse vorgesehen sei. Die Beitragsstufen könne jede Stadt selber festlegen.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

### 13 Änderung der städtischen Richtlinien zur Förderung der Offenen Ganztagsgrundschulen

@->

Herr Dr. Speer zitiert aus dem Protokoll des Jugendhilfeausschusses, dass dieser einstimmig bei zwei Enthaltungen der Bündnis 90/Die Grünen und der FDP beschlossen habe, den Änderungen der „Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ zuzustimmen.

Herr Mömkes erklärt, dass man diesem Beschlussvorschlag zustimmen wolle. Er fragt an, ob es nicht möglich wäre, die Änderungen der Satzung durch eine Synopse darzustellen, so dass man diese optisch einwandfrei wahrnehmen könne. Herr Kotulla erklärt, dass man in der heutigen Vorlage mit Hilfe der Durchstreichungen darstellen wollte, welche Passagen in Zukunft wegfallen würden. Mit dem Protokoll würden die Ausschussmitglieder den vollständigen Text der neuen Richtlinie erhalten. Sollte das Protokoll früher in den Druck gehen als der Ratsbeschluss vorliege, werden die neuen Richtlinien separat versandt.

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:*

*Den Änderungen der „Richtlinien zur Förderung des außerunterrichtlichen Angebots an den Grundschulen und weiterführenden Schulen (Primar- und Sekundarstufe I) der Stadt Bergisch Gladbach“ wird zugestimmt.*

<-@

@->

<-@

### 14 Jahresbericht des Stadtarchivs 2005

@->

Herr Kleine lobt die Arbeit des Stadtarchivs und fragt an, ob die Zusammenarbeit mit

Studienreferendaren weiter ausgebaut werden könne. Er möchte wissen, ob der um 26,2 % gesunkene Zuschussbedarf gegenüber 2001 aufgrund einer Zuschusskürzung oder freiwillig zustande gekommen sei.

Herr Dr. Eßer antwortet, dass man grundsätzlich auf die Schulen zugehen könne, jedoch sei dies wesentlich abhängig von der Bereitschaft der Lehrer, sich darauf einzulassen. In diesem Jahr stehe erneut der Wettbewerb zur deutschen Geschichte an. Die Reduzierung des Zuschussbedarfs sei über mehrere Jahre erfolgt und erkläre sich hauptsächlich aus der Einsparung von Personalkosten.

Herr Schier möchte wissen, zu welchem Preis die Ausdrücke von historischen Luftbildern verkauft werden. Er erkundigt sich nach der Kooperation mit der Uni Köln und fragt, ob man Angaben dazu machen könne, wie viel Material noch zur Archivierung anstünde.

Herr Dr. Eßer antwortet, dass die Luftbilder zum Preis von 4 € verkauft werden. Es gebe drei gedruckte Bilder, die vorrätig seien und zum Preis von 0,75 € verkauft werden.

In der letzten Zeit habe man vorwiegend mit der Uni Bonn zusammengearbeitet, da man bei der Stadtgeschichte mehrere Mitarbeiter des historischen Seminars Bonn als Autoren integriert habe. Darüber hätten sich Kontakte ergeben. In Köln und Düsseldorf gebe es eine Zusammenarbeit in einem Projekt, dass vom Landschaftsverband koordiniert werde.

Eine Angabe zu den Rückständen könne man nicht machen, da man erst das erfassen müsste, was man noch nicht archiviert habe, und dies damit einer ersten Erfassung gleichkomme.

Frau Koshofer fragt an, wie man mit möglichem Material umgehe, dass dem Archiv zur Verfügung gestellt werde. Herr Dr. Eßer erläutert, dass man zunächst eine erste Bewertung der Archivalien vor Ort mache und dann entscheide, was ins Archiv übernommen wird.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

<-@

@->

<-@

## 15 Theaterbericht Bergischer Löwe

@->

Herr Pfenning erläutere die Tischvorlage zur Anlage 1 des Theaterberichts. Aufgrund eines Formelfehlers sei diese notwendig geworden.

Herr Mömkes erläutere zur Anlage 1, dass dort einige Veranstaltungen unter der Spalte „Honorar“ mit „Vermietung“ vermerkt seien. Bei den Einnahmen tauche dazu aber keine Summe auf. Zudem falle ihm auf, dass in der Auflistung der Veranstaltungen die kölsche Revue „Et kütt wie et kütt“ fehle.

Herr Pfenning erkläre, dass es sich bei den Vermietungsveranstaltungen um den anderen Geschäftsbereich der GmbH handle. Dies werde nicht aus dem Theaterbudget bezahlt. Die dort erzielten Einnahmen würden somit den Theaterzuschuss nicht entlasten.

Die kölsche Revue sei ein Vermietungsgeschäft gewesen und müsse noch in die Übersicht aufgenommen werden.

Herr Schier führt aus, dass es seiner Fraktion aufgefallen sei, dass die Höhe des Gewinn- und Verlustvortrags der Jahre 2003, 2004 und des vorläufigen Ergebnisses 2005 mit 13.714 € immer gleich hoch sei. Er fragt wie dies komme, da es einen konstruierten Eindruck mache.

Herr Pfenning erläutere, dass es sich bei dem Gewinn- und Verlustvortrag in Höhe von 13.714 € um einen Aufsichtsratsbeschluss handle. Zur Zeit sei man noch im Jahresabschluss, die Anfrage werde man ergänzend schriftlich beantworten.

Herr Kleine fragt an, ob nicht ein zweites fremdsprachliches Stück angeboten werden könne. Herr Dr. Miede erkundigt sich nach der Auslastung des fremdsprachlichen Theaters. Herr Pfenning antwortet, dass das Stück „Lord of the flies“ etwa 300 Besucher gehabt habe. Man merke, dass das fremdsprachliche Theater von den Schülern gut angenommen werde. Man sei derzeit im Jahresabschluss und sollte man im Rahmen dessen feststellen, dass noch Geld zur Verfügung stünde, könne man über ein zweites fremdsprachliches Stück nachdenken. Evtl. könne man mit „animal farm“ oder „christmas carol“ ein Stück anbieten, dass auch die Schüler der Mittelstufe als Zielgruppe anspreche. Herr Dr. Miede regt an, dass man in den Schulen anfragen könne, was für die Stufe 12 im kommenden Schuljahr in den Fremdsprachen verpflichtender Lernstoff sei. Möglicherweise könne man das fremdsprachliche Theaterstück darauf ausrichten. Herr Pfenning nimmt die Anregung auf. Frau Beisenherz-Galas ergänzt, dass dies auch für die deutschen Stücke gelte, bei „Emilia Galotti“ sei ein voller Theatersaal garantiert.

Die Mitteilungsvorlage wird vom Ausschuss ansonsten zur Kenntnis genommen.

<-@

## 16 Sonderförderung Kulturprojekte 2006

@->

Herr Schier macht darauf aufmerksam, dass der Zuschuss für das „Come Together“ Festival mit 300 € im Verhältnis zu den noch offenen Kosten in Höhe von 2.700 € geringer ausfalle, als der der anderen Projekte. So sollten die „Chorkids on Tour“ bei einem Defizit in Höhe von 2.000 € einen Zuschuss in Höhe von 900 € erhalten. Er erkundigt sich nach der Restfinanzierung des Festivals. Er möchte dann den Antrag stellen, den prozentualen Förderbetrag des Jugendkulturfestivals zu erhöhen.

Frau Baran antwortet, dass die Organisatoren des „Come Together“ einen Förderbetrag in Höhe von 300 € beantragt hätten. Dem sei die Verwaltung in der Vorlage nachgekommen. Der bewilligte Zuschuss der anderen Projekte sei prozentual niedriger als der, den die Veranstalter beantragt hätten. Herr Schier bittet darum, in zukünftigen Vorlagen dies deutlicher mit aufzuführen.

Frau Steinfort weist auf die dringende Notwendigkeit von Kulturförderrichtlinien hin.

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst einstimmig den folgenden Beschluss:*

*Aus den Mitteln der Sonderförderung Kultur werden folgende Projekte gefördert:*

1. „Bergische Lieder – Bergische Orte“ (Ute Völker, Sebastian Gramms, Jochen Bauer) 500 €

2. „2. Internationales Erzählfestival“ (Verein zur Förderung des Kindertheaters e. V.)	1.200 €
3. „Kreisreise“ (Rosemarie Steinbach-Fuß, Marina Linares)	400 €
4. „2. Festival MitAfrika NRW“ (Mama Afrika e. V.)	800 €
5. „ComeTogether 2006“ (CTF Organisatoren, Leitung Bela Jansen)	300 €
6. „Chorkids on Tour“ (Förderverein der städtischen Max-Bruch-Musikschule e.V.)	900 €
7. „Vor 50 Jahren – Alltag in Bergisch Gladbach“ (Freunde und Förderer der Volkshochschule Bergisch Gladbach e. V.)	700 €
8. „Verschiedene Projekte zum Stadtjubiläum“ (Arbeitskreis der Künstler Bergisch Gladbach e. V.)	800 €
9. „Heimat Zwischen Sülz und Dhünn“ (Bergischer Geschichtsverein)	800 €
<b>Gesamt</b>	<b>6.400 €</b>

Der Ansatz im Wirtschaftsplan (HhSt. 1.300.715.03 Verlust abdeckender Zuschuss Kulturbüro) beträgt 9.600 €, 3.200 € verbleiben damit noch für die weitere Förderung von Kulturprojekten in diesem Jahr. <-@

@->

.<-@

<-@

## 17 Änderung der Entgeltordnung der Stadtbücherei zum 01.06.2006

@->

Frau Lehnert fragt an, warum man mit dem Verleih von DVDs mit dem freien Markt in Konkurrenz trete.

Frau Lenz-Reichwein antwortet, dass man mit dem freien Markt nicht in Konkurrenz treten wolle, die Gebühren seien weiterhin preisgünstiger als die der professionellen Anbieter. Die DVD werde mit am meisten ausgeliehen und finanziere über die Bestsellergebühren die Anschaffung von Büchern mit.

Herr Neu lobt den Schnupperausweis und fragt an, ob die allgemeinen Vertragsbedingungen beschlossen wurden, oder wie diese entstanden seien. Frau Lenz-Reichwein erläutert, dass diese damals von der städtischen Rechtsabteilung aufgestellt worden seien und vom Rat verabschiedet wurden.

Herr Kleine ergänzt, dass es die Problematik der DVDs und Videos bereits vor Jahren in den Diskussionen des Ausschusses geben habe. Man habe Frau Lenz-Reichwein gebeten, diesen Verleih weiterzuverfolgen, da man damit Jugendliche in die Stadtbücherei hole, die eine solche sonst nicht betreten würden, und über den „Mitnahmeeffekt“ auch mal ein Buch zur Hand nehmen würden. Dieses neue Medium könne man nicht ganz ausschließen.

Frau Beisenherz-Galas lobt ebenfalls den Schnupperausweis und stimmt der neuen Entgeltordnung zu. Sie möchte wissen, wo deutlich werde, dass die Bücherei Einnahmen habe. Man müsse stärker ins Bewusstsein bringen, dass eine Bücherei nicht immer nur ein Verlustgeschäft sei. Frau Lenz-Reichwein erklärt, dass die Einnahmen dazu beitragen, einen höheren Deckungsgrad zu erreichen und man damit gewährleisten könne, bei der Kreditaufnahme für den Investitionshaushalt einen kleinen Anteil gegenfinanzieren zu können.

*Der ABKSS fasst mehrheitlich, mit einer Enthaltung aus den Reihen der FDP, den folgenden Beschluss:*

*Die Verwaltung schlägt vor, die Entgeltordnung der Stadtbücherei wie dargestellt zum 01.07.2006 zu ändern.*

<-@

@->

<-@

18 **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach"**

@->

Herr Dr. Speer erläutert, dass es sich bei diesem Beschluss zur Bestellung eines Wirtschaftsprüfers aller Wahrscheinlichkeit nach um den letzten derartigen Beschluss handele, da der Hauptausschuss entschieden habe, dass im Rahmen der Einführung des NKF der Kulturbetrieb reintegriert werden solle. Damit entfalle die Bestellung eines Wirtschaftsprüfers ab 2008.

Herr Kleine regt an, die Bestellung des Wirtschaftsprüfers für 2006 und 2007 auf die nächste Sitzung zu verschieben. In anderen Städten und Gemeinden werde bei der Vergabe solcher Aufträge darauf geachtet, inwieweit bestimmte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zum Gemeinwohl beitragen. In Köln würden Prüfungen von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt, die in der Stadt Köln ihren Sitz haben und bei verschiedenen Projekten in Behindertenwerkstätten etc. initiativ und aktiv seien. Man solle darüber nachdenken, ob man diesen Auftrag nicht an eine Bergisch Gladbacher Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vergeben wolle, die sich in irgendeiner Form für das Wohl der Stadt verdient gemacht habe.

Die Wirtschaftsprüfer könnten ohnehin frühestens im April 2007 mit dem Jahresabschluss 2006 beginnen, so dass der Ausschussbeschluss im September 2006 frühzeitig genug sei.

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt sodann einstimmig, den Beschluss zur Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2006 und 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „GL-Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach“ auf die Sitzung des Ausschusses im September zu verschieben.*

<-@

@->

<-@

19 **Verlagerung der Sporträume des TTC Bärbroich aus der " Alten Schule" in Bärbroich in das "Pfarrheim Herkenrath"**

@->

Herr Neu begrüßt die gefundene Lösung, die ein seit Jahren bestehendes Problem in Herkenrath und Bärbroich löse.

Frau Koshofer möchte wissen, wie die fehlenden 2.800 € im Jahr für Miete und Mietnebenkosten finanziert werden sollen, zudem erscheine ihr die Miete sehr hoch. Sie stellt fest, dass mit zweierlei Maß gemessen werde. Natürlich sei es schön, dass ein Gebäude damit freigezogen werden könne, welches dann vermarktet werden kann. Man könnte auch die Eissporthalle freiziehen und diese vermarkten.

Herr Kotulla erklärt, dass es nicht richtig sei, in einem solchen Zusammenhang von Ungleichbehandlung zu sprechen. Hier gehe es darum, einem aktiven Verein, der seit Jahren unter unzumutbaren Bedingungen trainiere, zu einer neuen Trainingsstätte zu verhelfen. Die Stadt zahle in Zukunft nicht mehr als die 8000 €, die sie bisher an Bewirtschaftungskosten für die „Alte Schule“ gezahlt habe. Für die Eissporthalle habe man bisher 100.000 € gezahlt, zukünftig dann 50.000 €, dies seien doch ganz andere Dimensionen. Man versuche in dieser schwierigen finanziellen Situation durch vernünftige und intelligente Lösungen den Sport in Bergisch Gladbach zu fördern, dies sei keine Ungleichbehandlung.

Frau Scheerer erklärt sich erfreut darüber, dass diese Lösung gefunden werden konnte. Sie bemängelt, dass man die Gegenüberstellung der Zahlen, was bisher gezahlt wurde und was zukünftig gezahlt werden wird, hätte deutlicher darstellen können.

Herr Schier erklärt das es nicht darum gehe, dem TTC Bärbroich seine neue Trainingsstätte abzusprechen, es erscheine nur die Monatsmiete in Höhe von 1.000 € sehr hoch, zumal die Räume teilweise von der Gemeinde mitbenutzt werden sollen. Möglicherweise könne die Miete gesenkt werden und der Verein zu den Sparmaßnahmen der Stadt einen Teil beitragen.

Herr Dr. Miede erklärt, dass der Verein 234 € pro Monat an Mietkosten zahle.

Herr Kotulla erklärt, dass grundsätzlich der Eigentümer über die Höhe der Miete entscheide. Investitionen werde der Verein tätigen. Die Stadt zahle lediglich das, was sie bisher schon gezahlt habe. Zudem könne die „Alte Schule“ vermarktet werden. Dies würde sich für alle rechnen. Er sei überrascht über die Diskussion.

Herr Kleine erklärt, dass lediglich ein Gebäude durch ein anderes ersetzt werde und für die Stadt keine Mehrkosten entstehen. Dies könne seine Fraktion mittragen.

Herr Mömkes fügt hinzu, dass man über Mietkosten diskutiere, über deren Entstehung man keine Kenntnisse habe und nicht wisse, wie realitätsnah sie seien. Der Verein habe sich mit der Verwaltung und der Pfarrgemeinde geeinigt und eine positive Lösung für alle Beteiligten gefunden. Insgesamt komme sogar ein Plus für die Stadt raus.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, dass man noch zufriedener wäre, wenn die Mietkosten geringer seien und die Stadt dadurch zusätzlich sparen könne. Mit der Kirche seien sicher Verhandlungen möglich. Immer werde gepredigt, dass gespart werden müsse, hier sei man derart großzügig, dies sei widersprüchlich.

Herr Dr. Bernhauser weist auf die Vorteile des neuen Standorts des Vereins hin. Es sei eine verstärkte Zusammenarbeit des Schulzentrums und des Vereins, besonders im Bereich der offenen Ganztagsgrundschule, möglich. Für das Jugend- und Freizeitangebot könne sich dies nur positiv auswirken.

Herr Kotulla fasst zusammen, dass die Stadt für den Spielbetrieb des Vereins weiterhin 8.000 € zahle und mit Miete und Räumlichkeiten nichts zu tun habe. Der Verein zahle im Jahr 2.808 € hinzu, damit der Spielbetrieb aufrechterhalten werden könne.

Herr Schier erklärt, dass grundsätzlich die Möglichkeit zur Kritik gegeben sein müsse. Die Vorzüge der Lösung seien offensichtlich, jedoch werde immer vom Sparzwang geredet, wozu kleine Beträge beitragen könnten.

Herr Neu ergänzt, dass der Zustand der "Alten Schule" sehr schlecht sei, über kurz oder lang hätte man dort investieren müssen.

Frau Koshofer gibt zu bedenken, dass der Eishockeyverein erfolgreich sei, Kinder und Jugendliche anziehe und ein Jugendtreff sei. Lediglich habe es dieser Verein wohl versäumt, als Vorsitzenden ein Mitglied einer großen Partei bei sich aufzunehmen. Ein solcher Verein habe in dieser Stadt dann weniger Chancen.

Herr Kleine bezeichnet die Diskussion als Misstrauenserklärung an alle Betroffenen. Man dürfe nicht immer nur das Negative sehen. Der Verein selber werde doch ein Interesse daran haben, so wenig Miete wie möglich zu zahlen, somit müsse man ihm auch vertrauen. Er bittet darum, in Zukunft derartige Äußerungen wie die, dass die Miete doch sicher nachzuverhandeln sei, zu unterlassen. Allgemeine Verunglimpfungen solle man unterlassen und stattdessen Tatsachen und Fakten präsentieren. Kritiker sollten in der nächsten Sitzung Fakten dazu liefern, inwiefern die Miete tatsächlich zu hoch sei und wie weit diese gesenkt werden könne.

Herr Dr. Miede bittet darum, die Würde und Ehre dieses Gremiums zu erhalten. Unterstellungen und Verdächtigungen seien zu unterbleiben.

Herr Schier fügt dem an, dass man die Diskussion nicht ohne Grund begonnen habe. Man habe die Zweifel nicht aus der Luft gegriffen, sondern diese aufgrund des Inhalts der Vorlage gehabt.

*Der Ausschuss fasst sodann mehrheitlich, mit vier Enthaltungen aus den Reihen der Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und der BFBB, den folgenden Beschluss:*

*Der Ausschuss beschließt, die Verlagerung der Sporträume des TTC Bärbroich aus der „Alten Schule Bärbroich“ in das „Pfarrheim Herkenrath“ in Höhe der eingesparten Bewirtschaftungskosten für die „Alte Schule Bärbroich“ zu unterstützen.*

<-@

@->

<-@

20 **Anträge der Fraktionen**

@->

Die CDU stellt den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit dem Progymnasium und dem „Verein für eine öffentliche Bücherei“ nach einer Lösung zu suchen, die den Büchereistandort in Bensberg ab dem 01.01.07 als eine ehrenamtlich geführte Bücherei in Trägerschaft des Vereins und des Progymnasiums, unterstützt durch die Stadt, erhält. Der Antrag liegt allen Fraktionen sowie der Verwaltung in schriftlicher Form vor.

Herr Kleine führt aus, dass es für diesen Antrag, auch aufgrund der vorherigen Ausführungen von Herrn Kotulla zu einer neuen Entwicklung in der Angelegenheit „Stadtteilbücherei Bensberg“, noch Beratungsbedarf in seiner Fraktion gebe. Er schlägt vor, den Antrag auf die Ratssitzung am 8. Juni zu vertagen. Möglicherweise habe die Verwaltung bis dahin mit dem Verein, dem Progymnasium sowie weiteren Initiativen weitere Gespräche geführt und könne dann nähere Erkenntnisse und Details preisgeben.

*Der Vertagung des Antrags in die Ratssitzung am 8. Juni wird vom Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport einstimmig zugestimmt.*

<-@

## 21 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Herr Dr. Bernhauser bittet darum, im nächsten Ausschuss über das neue Schulgesetz zu informieren. Vor allem sollten die Bestimmungen erläutert werden, die die Stadt als Schulträger betreffe. Herr Dr. Miede erklärt, dass er angeregt habe, die Verwaltung möge doch jeder Fraktion ein Exemplar des neuen Schulgesetzes zur Verfügung stellen.

Herr Schier berichtet, dass er von einem Empfang der ecuadorianischen Nationalmannschaft im Rathaus ihres WM-Quartiers gehört habe. Er fragt an, ob etwas ähnliches in Bergisch Gladbach geplant sei.

Herr Dr. Miede erklärt dazu, dass die Nationalmannschaften nach seinem Wissen horrendes Honorare für einen derartigen Empfang verlangen würden.

Herr Dr. Speer ergänzt, dass die Koordinierung einer derartigen Veranstaltung sehr schwierig sei. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass sich die Brasilianer in das Goldene Buch der Stadt eintragen werden. Bei den Südkoreanern könne man spontan etwas organisieren. Man werde mit den Mannschaften sprechen, wenn diese ihr Quartier in Bergisch Gladbach bezogen haben.

Herr Schier möchte wissen, wieso man die Produktgruppen zum NKF verwaltungsintern gebildet habe, und diese nicht dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt habe. Herr Kotulla erklärt, dass sich der Hauptausschuss und der Rat mit den steuerungsrelevanten Angelegenheiten befassen werden. Werden diese dann auf die einzelnen Produkte heruntergebrochen, sei dies Angelegenheit der einzelnen Fachausschüsse. So weit sein man derzeit noch nicht. Ganz unabhängig davon habe es zwei Workshops gegeben, in denen dies im Einzelnen besprochen wurde, und an denen die Mitglieder des Hauptausschusses teilnehmen konnten.

Frau Scheerer erläutert, dass laut dem neuen Schulgesetz in Zukunft Sprachtests für Vorschulkinder stattfinden sollen, und die Kommunen für eine Sprachförderung zuständig sein werden. Sie möchte wissen, inwieweit es dazu schon Pläne gibt, und

wie hoch die Kosten dafür ausfallen werden. (nachrichtlich: Die Einführung des neuen Schulgesetzes sowie deren Umsetzung werde zunächst abgewartet, dann werde man sich dem Thema „Sprachtests“ annehmen. Da es derzeit noch keine Pläne gebe, könne man noch keinerlei Aussagen zu den Kosten machen).

Frau Scheerer bittet um die Darstellung in einer Vorlage, welche Sportvereine gefördert werden, wie sie gefördert werden, mit welchen Summen dies geschieht, wie viele Mitglieder sie haben und wie viele davon Jugendliche sind.

Herr Mömkes berichtet, dass sich die Handballabteilung des TV Refrath an ihn gewandt habe. Die Handballabteilung plane ab den Sommerferien ein Angebot zu machen, das „Handball Plus“ heißen solle. An zwei bis drei Nachmittagen möchten sie ihren Spielern der Schulklassen 5-10 eine Hausaufgabenbetreuung im Jugendraum der Turnhalle an der Steinbreche anbieten. Man plane auch, den älteren Spielern in Seminarveranstaltungen eine Orientierung für die Berufsfindung anzubieten. Ihr Problem sei es nun, dass der Jugendraum laut Auskunft des Hausmeisters angeblich nicht für sie zur Verfügung stünde. Er bittet die Verwaltung, diese Sache zu prüfen. Die Verwaltung wird dies tun.

Herr Kleine regt an, den Ausschuss doch ab und zu in anderen Räumen tagen zu lassen, so etwa im Bergischen Löwen inklusive einer Hausführung.

Herr Dr. Speer gibt zu Bedenken, dass dies aufgrund der technischen Gegebenheiten, insbesondere bzgl. der Mikrofonanlage bzw. dem Mitlaufen des Tonbands schwierig sei. Zu bestimmten Anlässen sei dies aber machbar. Man nehme diese Anregung auf.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, das nach Ihrem Wissen das Kulturbüro jährliche Kosten in Höhe von 245.000 € habe. Sie bittet um eine Aufschlüsselung der Kosten, da dort möglicherweise Einsparungen vorgenommen werden könnten.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Frau Beisenherz-Galas möchte wissen, wie viele Mitarbeiter im Spieleverleih der Stadtbücherei arbeiten, und wo diese nach der Auslagerung des Spieleverleihs eingesetzt werden. Sie erläutert, dass es nach bisherigem Sachstand so geplant sei, dass die Verlagerung des Spieleverleihs ab 2007 der Finanzierung der Mietfortzahlungen der Stadtteilbücherei Bensberg dienen solle, da dort der Mietvertrag bis zum 31.12.2007 besteht. Sie möchte wissen, was mit diesem eingesparten Betrag ab 2008 geschehen wird, wenn der Mietvertrag in Bensberg ausgelaufen ist.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet. <-@